

Presseerklärung „Fracking gesetzlich verbieten – ausgefrackt ist“ 12. Februar 2015

Wie befürchtet wurde die Stellungnahme des Freistaats Bayern zum "Fracking-Gesetz-Entwurf" an die Bundesregierung abgegeben, ohne zuvor unsere Petition im Landtag zu behandeln. Jedoch wurde bei den Stellungnahmen der Länder als auch beim Gesetzentwurf selbst ein wichtiger Faktor übersehen: **Gabriels Entwurf verstößt gegen geltendes internationales Recht:** Die Aarhus-Konvention, seit 2001 in der Europäischen Gemeinschaft in Kraft, hat drei Säulen: 1. Zugang zu Informationen, 2. Öffentlichkeitsbeteiligung und 3. Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. Dies gilt für „Vorhaben mit erheblichen Umweltauswirkungen“, wozu Fracking zweifellos zählt.

Bei der heimlichen Lizenzvergabe an die Fracking-Firma Rose Petroleum, alias Naab Energy, wurde den Bewohnern des Weidener Beckens **das Recht auf Information verweigert**. Gabriels Entwurf eines Fracking-Ermöglichungsgesetzes wurde **ohne Beteiligung der Bürger** auf den Weg gebracht. Laut Aarhus-Konvention steht jedem EU-Bürger, aber auch Umweltorganisationen ein Klagerecht gegen dieses Vorgehen zu. Das Brunsbüttel-Urteil zeigt, dass wir gute Erfolgchancen haben.

Am Donnerstag, dem 12.02.2015, steht unsere Petition „Fracking gesetzlich verbieten ausgefrackt ist“, auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses beim Bayerischen Landtag.

Mit großem Interesse verfolgen wir, ob unsere Argumente und unser Recht auf Bürgerbeteiligung ernst genommen werden. Unsere entschiedene Forderung, das Bergrecht zu ändern, ein generelles Fracking-Verbot zu verhängen und alle Erkundungs- und Aufsuchungslizenzen auszusetzen, **werden wir notfalls auf gerichtlichem Weg auf Grundlage der Aarhus-Konvention weiterverfolgen.**

Das Bergrecht ist ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert, das zugunsten der Förderung von fossilen Brennstoffen jedes Bürgerrecht, auch das Recht auf Leben, Gesundheit und Schutz des Eigentums aushebelt. Zudem gilt: Bundesrecht bricht Landesrecht; Bergrecht bricht Bundesrecht. Aber auch das Bergrecht ist nicht unantastbar: **Die Aarhus-Konvention ermöglicht es jedem Bürger Europas gegen großflächige umweltschädliche Vorhaben, auch in Nachbarländern, zu klagen.** Die obrigkeitsstaatliche Verfügungsgewalt über unsere Heimat, unsere Gesundheit und die Zukunft unserer Kinder findet damit ein Ende.

Auch wenn die Bayerische Staatsregierung beteuert, dass sie Fracking in Bayern nicht zulassen will, ist Fracking nur wirklich verhinderbar, wenn es gesetzlich ausdrücklich verboten wird. 1989 versprach Bundeskanzler Kohl den Bewohnern von Kerkwitz in der Lausitz, es sei jetzt Schluss damit, für Braunkohle Dörfer, Wälder, Felder und Naturschutzgebiete wegzubaggern. Heute sind Kerkwitz und seine Nachbarorte wieder von der Abaggerung bedroht, und Herr Gabriel schert sich wenig darum, was Helmut Kohl vor 25 Jahren gesagt hat. Daraus ziehen wir die Lehre: **Nur mit einem gesetzlichen Verbot sind unsere Gesundheit, unsere Landschaft und unser Wasser nachhaltig vor Fracking geschützt.**

Eindringlich fordern wir überdies die bayerischen Landtagsabgeordneten und die bayerische Staatsregierung auf, alles zu tun, damit **eine dezentrale Bürgerenergiewende mit regionaler Wertschöpfung** gelingt. Fracking und die weitere Förderung fossiler Brennstoffe sind auf diesem Weg ein Hindernis. Auch dieses Anliegen wurde von **über 57.000 Unterzeichnern** unserer Petition sowie unterstützt.

Eine sinnvolle Alternative zu fossilem Erdgas ist Windgas, produziert aus dem überschüssigen Strom, den Windanlagen häufig erzeugen. Der Strom wird dazu genutzt, Wasserstoff und ggfs. auch Methan zu erzeugen, das problemlos ins Erdgasnetz eingespeist werden kann (was zugleich das Speicherproblem löst). Schon heute können Gaskunden Windgas beziehen und damit einen Beitrag zur Förderung dieser bisher zu wenig bekannten Zukunftstechnik leisten. Solche Entwicklungen dürfen nicht durch schmutziges Fracking-Gas verzögert werden.

Sonja Schuhmacher
Pressesprecherin Oberpfalz
c/o BN Herrmannstr. 1
92637 Weiden
Tel.: (0961) 4726763 Mobil 0176-633 36
534
BN-Kreisgruppe Neustadt/Waldnaab-
Weiden
Mail: [neustadt-weiden@bund-
naturschutz.de](mailto:neustadt-weiden@bund-naturschutz.de)

Dagmar Keis-Lechner
Pressesprecherin Oberfranken
Kaupersgäßchen 16
95326 Kulmbach
Tel.: (09221) 8219669
Mobil: 0160-1696651
Mail: d.keis-lechner@t-online.de

Brigitte Artmann
Kreisrätin/Kreisvorsitzende
Am Frauenholz 22,
95615 Marktrechwitz/Germany,
Tel +49 0923162821,
Mobil +49 01785542868
[brigitte.artmann@gruene-
fichtelgebirge.de](mailto:brigitte.artmann@gruene-fichtelgebirge.de)
www.gruene-fichtelgebirge.de